



Erneute öffentliche Bekanntmachung

Wasserrechtliches Verfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zur beantragten gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis der Fa. Kalksandsteinwerke Schencking GmbH & Co.KG

Die Kalksandsteinwerke Schencking GmbH & Co.KG, vertr. durch das Kalksandsteinwerk Bienwald Schencking GmbH, diese vertr. d. die Geschäftsführerin Michelina von Peterffy-Rolff, Schäferestraße 75a, 66787 Wadgassen-Differten hat mit Antrag vom 12.11.2018 die gehobene wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 16 Landeswassergesetz (LWG) i.V.m. § 15 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zum oberflächennahen Sandabbau im Abbaufeld „Oelgründel Nord“ auf den Flurstücken Nr. 210/2 und 211/1 in der Gemarkung Bienwald beantragt. Die Antragstellerin hat ferner gemäß § 7 Absatz 3 UVPG die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Verfahren beantragt.

Mit Bekanntmachung vom 14.08.2019 wurde dies bereits bekanntgemacht. Allerdings enthält die Bekanntmachung Mängel, weshalb die Bekanntmachung hiermit wiederholt wird. Dies führt zu Änderungen beim Zeitpunkt der Offenlage der maßgebenden Unterlagen und bei den verlautbarten Fristen zur Teilnahme am Verfahren. Es gelten nachstehende Informationen:

Die Kalksandsteinwerke Schencking GmbH & Co.KG, vertr. durch das Kalksandsteinwerk Bienwald Schencking GmbH, diese vertr. d. die Geschäftsführerin Michelina von Peterffy-Rolff, Schäferestraße 75a, 66787 Wadgassen-Differten hat mit Antrag vom 12.11.2018 die gehobene wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 16 Landeswassergesetz (LWG) i.V.m. § 15 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zum oberflächennahen Sandabbau im Abbaufeld „Oelgründel Nord“ auf den Flurstücken Nr. 210/2 und 211/1 in der Gemarkung Bienwald beantragt. Die Antragstellerin hat ferner gemäß § 7 Absatz 3 UVPG die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Verfahren beantragt.

Die Kreisverwaltung Germersheim führt als zuständige untere Wasser- und Bodenschutzbehörde das wasserrechtliche Verfahren durch.

Der vorgesehene Sandabbau erfordert vorgängig die Rodung des Waldes im Bereich der Abbaufäche. Für die Rodung der Waldfläche ist gemäß § 14 Landeswaldgesetz Rheinland-Pfalz (LWaldG) eine Waldumwandlungsgenehmigung erforderlich. Diese ist beim hierfür zuständigen Forstamt Bienwald, Bahnhofstraße 28, 76870 Kandel mit Antrag vom 14.11.2018 beantragt. Die Waldumwandlungsgenehmigung wird in einem selbstständigen Verfahren erteilt, da das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren keine Konzentrationswirkung gegenüber dem LWaldG entfaltet. Vorgängig ist wegen der Waldrodung nach §§ 6, 9 Abs. 2 UVPG i.V.m. Ziffer 17.2.1 der Anlage zum UVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Die Kreisverwaltung Germersheim ist zugleich federführende Behörde im Sinne des § 31 UVPG und § 5 LUVPG und führt auch das Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Gesamtvorhaben durch.

Der Antrag im wasserrechtlichen Verfahren sowie die zugehörigen Unterlagen liegen nach Bekanntmachung für die Dauer eines Monats, beginnend vom **15.10 bis einschließlich 14.11.2019** während der üblichen Dienststunden bei folgenden Behörden aus:

1. Kreisverwaltung Germersheim, während der Dienststunden (montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 12 Uhr, dienstags von 13.30 bis 16 Uhr und donnerstags von 13.30 Uhr bis 18 Uhr) in Zimmer 2.03, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim
2. Stadtverwaltung Wörth, während der Dienststunden (montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 12 Uhr, montags bis mittwochs von 14.30 Uhr bis 16 Uhr und donnerstags von 14.30 Uhr bis 18 Uhr) in Zimmer 617, Mozartstraße 2, 76744 Wörth

Außerdem kann der Inhalt dieser Bekanntmachung sowie die zur Einsicht ausgelegten Unterlagen auch gemäß § 27 a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) auf der Homepage der Kreisverwaltung Germersheim unter www.kreis-germersheim.de in der Rubrik „Bekanntmachungen“ sowie auf dem UVP-Portal der Bundesländer unter www.uvp-verbund.de ab Beginn der Auslage eingesehen werden. Maßgeblich ist hierfür der Inhalt der zur Einsicht bei der Kreisverwaltung Germersheim und Stadtverwaltung Wörth ausgelegten Unterlagen.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (bis einschließlich **28.11.2019**) bei den vorgenannten Behörden schriftlich oder zur Niederschrift Einwendungen gegen den Antrag erheben.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Vereinigungen, die aufgrund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung einzulegen, werden hiermit entsprechend von der Auslegung der Antragsunterlagen benachrichtigt. Gleichzeitig wird ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb der oben genannten Einwendungsfrist gegeben. Es gilt auch insoweit, dass mit Ablauf dieser Frist alle Einwendungen ausgeschlossen sind, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Für die Fristwahrung ist der Eingang der Einwendungen bzw. Stellungnahmen bei der Kreisverwaltung Germersheim oder Stadtverwaltung Wörth maßgeblich.

Einwendungen sollen die konkrete Betroffenheit des geltend gemachten Belangs erkennen lassen. Sie können nicht allein in Textform (z. B. elektronisch per E-Mail) erhoben werden, sondern bedürfen grundsätzlich der Schriftform und sollen die leserliche volle Anschrift des Einwenders tragen.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist werden die erhobenen Einwendungen mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie den Personen, die Einwendungen erhoben haben, in einer mündlichen Verhandlung erörtert (Erörterungstermin).

Der Erörterungstermin wird mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekanntgemacht.

Die Behörden, der Träger des Vorhabens, die Vereinigungen und diejenige, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt.

Es wird darauf hingewiesen,

- dass Personen, die Einwendungen erhoben haben, vom Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können, wenn außer der Benachrichtigung der Behörden und des Vorhabenträgers mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen sind, und
- dass bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann.

Mit der Veröffentlichung der Auslegung der Planunterlagen wird gleichzeitig bekanntgegeben, dass die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das gesamte Vorhaben besteht.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um ein Projekt der Anlage 1 Nr. 2.2.2 Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG), für das – ohne Berücksichtigung der Waldrodung - zunächst eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich wäre. Die Antragstellerin beantragte jedoch gemäß § 7 Absatz 3 die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Für die erforderliche Waldrodung besteht gemäß §§ 6, 9 Abs. 2 UVPG i.V.m. Anlage 1 Ziffer 17.2.1 UVPG die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

In der hier bekanntgemachten Umweltverträglichkeitsprüfung sind auch alle Belange der Waldumwandlung mit einbezogen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwirklichung des Gesamtvorhabens stehen.

Die Kreisverwaltung Germersheim ist als untere Wasser- und Bodenschutzbehörde zuständig für die Durchführung des wasserrechtlichen Verfahrens. Dieses beinhaltet die durchzuführende UVP. Für die nach dem Landeswaldgesetz Rheinland-Pfalz (LWaldG) zu erteilende Waldumwandlungsgenehmigung ist das Forstamt Bienwald, Bahnhofstraße 28, 76870 Kandel zuständig.

Die im Rahmen der UVP durchzuführende Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt entsprechend der §§ 18 und 19 UVG i.V.m. § 4 LUVPG. Die Öffentlichkeit wird hiermit gemäß § 19 Abs. 1 UVPG über das Vorhaben informiert:

Der Vorhabenplan besteht aus folgenden, auch für die Beurteilung der Umweltauswirkungen maßgeblichen Unterlagen:

- Antrag auf Erteilung einer gehobenen Erlaubnis zum oberflächennahen Sandabbau im Abbaufeld „Oelgründel Nord“
- Erläuterungen zur technischen Erschließung eines Sandvorkommens an der L 540 zwischen Hagenbach und Berg
- Analytische Berechnungen der Standsicherheit einer geplanten Tagebauböschung
- Plan Nr. KS LA 01/2015: Lageplan Förderbandanlage
- UVP-Bericht mit integrierten Ergebnissen der Fachbeiträge Artenschutz, NATURA 2000 und Naturschutz
- Fachbeitrag Artenschutz
- Fachbeitrag NATURA 2000
- Fachbeitrag Naturschutz
- Erschließung Abbaufeld Oelgründel - Hydrogeologisches Standortgutachten
- Antrag auf Waldumwandlung vom 14.11.2018

Es wird auf folgendes hingewiesen:

- Die für das wasserrechtliche Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde ist die Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim.
- Für die nach dem Landeswaldgesetz Rheinland-Pfalz (LWaldG) zu erteilende Waldumwandlungsgenehmigung ist das Forstamt Bienwald, Bahnhofstraße 28, 76870 Kandel zuständig.
- Über die Zulässigkeit des Vorhabens wird mittels gehobener Erlaubnis im Wasserrecht entschieden.
- Über die Zulässigkeit der Waldrodung wird mittels Waldumwandlungsgenehmigung entschieden.
- Die ausgelegten Planunterlagen enthalten den UVP-Bericht, einschließlich einer allgemeinverständlichen Zusammenfassung.
- Innerhalb der Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen wird die Öffentlichkeit auch hinsichtlich der Umweltauswirkungen des Vorhabens nach § 18 Abs. 1 UVPG beteiligt.

Neben den oben genannten Antragsunterlagen liegen der Kreisverwaltung Germersheim im Zeitpunkt dieser öffentlichen Bekanntmachung die folgenden entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen sowie sonstigen behördlichen Unterlagen im Sinne von § 19 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 UVPG vor:

- Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd vom 01.04.2019 zum Vollzug des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG)
- Kreisverwaltung Germersheim, Untere Naturschutzbehörde, vom 05.04.2019 zum Vollzug des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und der Landschaftsschutzverordnung „Pfälzische Rheinauen“
- Kreisverwaltung Germersheim, Untere Bauaufsichtsbehörde, Stellungnahme vom 18.09.2019
- Kreisverwaltung Germersheim, Untere Landessplanungsbehörde, Stellungnahme vom 29.01.2019
- Kreisverwaltung Germersheim, Naturschutzgroßprojekt Bienwald, Stellungnahme vom 13.02.2019
- Kreisverwaltung Germersheim, Untere Denkmalschutzbehörde, vom 14.03.2019 zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gem. § 7 Abs. 2 Satz UVPG
- Bürgerinitiative Bienwald – für das bessere Verkehrskonzept e.V., Stellungnahme vom 12.03.2019
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Kreisgruppe Südpfalz, vom 14.03.2019 zum Vollzug der Wassergesetze
- Pollichia, Verein für Naturforschung und Landespflege e.V., Stellungnahme vom 11.03.2019
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Rheinland-Pfalz e.V. und Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V, gemeinsame Stellungnahme vom 13.03.2019
- Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz vom 11.03.2019 zum Vollzug der Wassergesetze
- LBM Landesbetrieb Mobilität Speyer vom 25.02.2019 zum Vollzug der Wassergesetze
- Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesarchäologie vom 11.02.2019 Stellungnahme der Landesarchäologie, Außenstelle Speyer
- Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz vom 14.02.2019 zum oberflächennahen Sandabbau im Abbaufeld „Oelgrundel Nord“ in der Gemarkung Bienwald, Flurstücke 210/2 u. 211/1
- Zentralstelle der Forstverwaltung vom 14.02.2019 zum Vollzug der Wassergesetze

Gemäß § 19 Abs. 2 UVPG liegen die Unterlagen zum Vorhaben und zu den Umweltauswirkungen und die der Kreisverwaltung Germersheim im Zeitpunkt dieser öffentlichen Bekanntmachung bekannten entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen sowie sonstigen behördlichen Unterlagen für die Dauer eines Monats, beginnend vom **15.10.2019 bis einschließlich 14.11.2019** bei oben genannten Behörden während oben genannten Öffnungszeiten zur Einsicht aus.

Zusätzlich können die ausgelegten Unterlagen einschließlich des Inhaltes der Bekanntmachung nach § 19 Abs. 1 UVPG ab Beginn der Offenlage am 01.10.2019 auch gemäß § 27 a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) auf der Homepage der Kreisverwaltung Germersheim unter www.kreis-germersheim.de in der Rubrik „Bekanntmachungen“ sowie auf dem UVP-Portal der Bundesländer unter www.uvp-verbund.de ab Beginn der Auslage eingesehen werden. Maßgeblich ist hierfür der Inhalt der zur Einsicht bei der Kreisverwaltung Germersheim und Stadtverwaltung Wörth ausgelegten Unterlagen.

Die betroffene Öffentlichkeit kann sich im Rahmen des Verfahrens der durchzuführenden Umweltverträglichkeitsprüfung innerhalb der Auslegungsfrist und innerhalb eines Monats nach deren Ablauf äußern. Äußerungen können vom

15.10.2019 bis einschließlich 16.12.2019

schriftlich oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltung Germersheim, während der Dienststunden (montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 12 Uhr, dienstags von 13.30 bis 16 Uhr und donnerstags von 13.30 Uhr bis 18 Uhr) in Zimmer 2.03, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim vorgetragen werden. (Äußerungsfrist). Äußerungen müssen die konkrete Betroffenheit des geltend gemachten Belangs erkennen lassen und die leserliche volle Anschrift des sich Äußernden enthalten. Für die Fristwahrung ist der Eingang der Äußerungen bei der Kreisverwaltung Germersheim maßgeblich.

Mit dieser Bekanntmachung werden die nach § 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkannten Umwelt- und Naturschutzvereinigungen auf die Möglichkeit zur Stellungnahme oder Erhebung von Einwendungen

innerhalb der oben genannten Äußerungsfrist hingewiesen, soweit sie durch das Vorhaben in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt werden.

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für das Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen. Die Äußerungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des Vorhabens beziehen.

Gleichförmige Eingaben (mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte) werden nach den §§ 17, 18 und 19 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes behandelt. Danach ist es bei solchen Eingaben erforderlich, dass auf jeder mit mindestens einer Unterschrift versehenen Seite derjenige Unterzeichner, der die Übrigen vertreten soll, mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist. Gleichförmige Eingaben, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, können unberücksichtigt bleiben. Dies gilt bei gleichförmigen Einwendungen auch insoweit, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben.

Auf der Grundlage des UVPG-Berichts, der behördlichen Stellungnahmen sowie der Stellungnahmen der nach § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkannten Vereinigungen und der Äußerungen der Öffentlichkeit erarbeitet die Kreisverwaltung Germersheim eine zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen des Vorhabens, der Merkmale des Vorhabens und des Standorts, mit denen erhebliche nachteilige Auswirkungen ausgeschlossen, vermindert oder ausgeglichen werden sollen, und der Maßnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ausgeschlossen, vermindert oder ausgeglichen werden sollen, sowie der Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in Natur und Landschaft. In die Darstellung werden auch die eigenen Ermittlungen der Kreisverwaltung Germersheim einbezogen.

Nach Ablauf der Äußerungsfrist werden die rechtzeitig vorgetragenen Äußerungen und Stellungnahmen von nach § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkannten Vereinigungen sowie der Behörden mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Äußerungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, erörtert (Erörterungstermin). Der Erörterungstermin wird mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht. Die Behörden, der Träger des Vorhabens und diejenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt.

Es wird darauf hingewiesen,

- dass Personen, die Einwendungen erhoben haben, vom Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können, wenn außer der Benachrichtigung der Behörden und des Vorhabenträgers mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen sind, und
- dass bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass Kosten, die durch Einsichtnahme in Planunterlagen, die Erhebung von Einwendungen und Teilnahme am Erörterungstermin entstehen, nicht erstattet werden.

Die Kreisverwaltung Germersheim entscheidet im Rahmen der Zulassung des Vorhabens über die Äußerungen, über die im Erörterungstermin keine Einigung erzielt worden ist.

Die Entscheidung der Kreisverwaltung Germersheim über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht und der Bescheid samt seiner Begründung zur Einsicht ausgelegt. Zusätzlich wird der Inhalt der Entscheidung auch auf der Internetseite der Kreisverwaltung Germersheim unter www.kreis-germersheim.de in der Rubrik „Bekanntmachungen“ sowie auf dem UVP-Portal der Bundesländer unter www.uvp-verbund.de zugänglich gemacht.

Kreisverwaltung Germersheim
30.09.2019

gez. Dr. Fritz Brechtel
Landrat